

10
Jahre

BAG mädchenpolitik



Gleichberechtigung für Mädchen und junge Frauen!

Aktuelle Handlungsempfehlungen auf dem Weg zur
Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit

▶▶▶ LANGFASSUNG 2009

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. (BAG Mädchenpolitik) nehmen ausgewählte Facetten der aktuellen Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen in den Blick, um die Erfolge der Mädchenarbeit zu würdigen und exemplarisch noch immer bestehende Barrieren und Benachteiligungen für Mädchen und junge Frauen in unserer Gesellschaft aufzuzeigen. Die BAG Mädchenpolitik und ihre Mitglieder sprechen hauptsächlich die politischen Vertreterinnen und Vertreter im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe an, sehen aber die Notwendigkeit, dass sich alle Politikfelder für die Umsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Mädchen und jungen Frauen als Querschnittsaufgabe einsetzen.

Die BAG Mädchenpolitik hat sich 1999 als Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften sowie von Trägern, Dachorganisationen und Einzelpersonen, die sich für die Belange von Mädchen und jungen Frauen einsetzen, gegründet. Seit 10 Jahren ist die BAG Mädchenpolitik mit ihren mädchenpolitischen Impulsen und durch das Engagement ihrer Mitglieder eine wichtige Instanz für die fachpolitische Öffentlichkeit auf Bundesebene. Die Mitglieder wirken mit ihrem Engagement auf der Bundesebene, doch auch in die Landes- und kommunalen Ebenen hinein.

Die BAG Mädchenpolitik würdigt die Ergebnisse der Aktivitäten vieler Frauen – und auch Männer –, die Gleichberechtigung der Geschlechter umzusetzen. Diese wurde vor 60 Jahren in den deutschen Verfassungen und im Jahr 1994 im Grundgesetz des wiedervereinten Deutschlands in der Ergänzung des Artikels 3, Absatz 2 verankert: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«

Die BAG Mädchenpolitik würdigt zudem den Einsatz der Personen – überwiegend Praktikerinnen, Forscherinnen, Verwaltungsfachkräfte und Politikerinnen – die sich seit über 35 Jahren in West- und seit zwanzig Jahren in Ostdeutschland auf unterschiedlichen Ebenen für die Belange von Mädchen und jungen Frauen einsetzen und die dafür Sorge trugen, dass im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) der § 9 Satz 3 eingefügt wurde. Demnach ist sicher zu stellen, dass die »unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen (sind), Benachteiligungen abzubauen (sind) und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern (ist)«.

Mit der Verpflichtung des Bundeskabinetts zur Durchsetzung

der *Gender Mainstreaming* Strategie vom 23.6.1999 wird die Gleichstellung von Frauen und Männern – sowie von Mädchen und Jungen – darüber hinaus als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung nochmals bekräftigt und durch die Einbindung in Förderverfahren praxisrelevant. Die BAG Mädchenpolitik begrüßt die Bemühungen, *Gender Budgeting* als Bestandteil der Umsetzung von Gender Mainstreaming anzuwenden und unterstreicht die Aufforderung des *UN Ausschusses zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau*, ein Konzept für das geschlechtergerechte Finanzmanagement der öffentlichen Haushalte einzuführen (vgl. CEDAW/C/DEU/CO/6 vom 10.02.2009, S. 6).

Für die emanzipatorische und feministisch-parteiliche Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen sowie für die Mädchenpolitik sind weiterhin die UN-Kinderrechtskonvention, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) sowie die Richtlinien, die auf eine vollständige Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in den Bundesländern hinwirken, relevante Grundlagen.

Es ist viel erreicht worden in den letzten 60 Jahren bezüglich der tatsächlichen Umsetzung der rechtlich verankerten Gleichstellung! Grundsätzlich haben Mädchen und Frauen in den letzten Jahrzehnten mehr öffentlichen Raum erobert. Sie weisen in erhöhter Anzahl gute schulische Leistungen auf und engagieren sich beispielsweise in politischen, sozialen oder Umwelt erhaltenden Organisationen. In ihrer eigenen Vorstellung und in dem Bild, das in der Öffentlichkeit von ihnen gezeichnet wird, können sie mittlerweile Berufe ausüben, die früher überwiegend Männern vorbehalten blieben. So stehen ihnen heute eine Bundeskanzlerin, Ministerinnen, Richterinnen am Bundesverfassungsgericht, Nachrichtensprecherinnen, Chirurginnen, Astronautinnen oder Fußballspielerinnen als Vorbilder zur Verfügung. Für Mädchen und junge Frauen scheinen alle Wege offen zu stehen – und die Gleichberechtigung scheint erreicht zu sein.

Doch stimmt dieses öffentlich gezeichnete Bild, das häufig auch von den Mädchen und jungen Frauen selber aufgenommen worden ist, tatsächlich? Einer vollständigen Gleichberechtigung stehen auch heute noch zahlreiche benachteiligende Strukturen entgegen, die – zum Teil subtil und verdeckt – den Handlungsrahmen von Mädchen und jungen Frauen prägen.

Beispielsweise sind gesellschaftlich vermittelte Rollenbilder, was eine »richtige Frau« bzw. ein »richtiger Mann« zu sein scheint, nach wie vor wirksam und rufen schon bei den Jüngsten geschlechterstereotype Rollenmuster hervor. Viele

Emanzipationsversprechen unserer Gesellschaft erscheinen Mädchen und jungen Frauen häufig immer noch nicht oder nur teilweise eingelöst. Das Erreichen von Selbstverständlichkeiten erscheint ihnen eher als ein Produkt ihrer individuellen und individualisierten Leistung und Anstrengung.

Auch soziale Benachteiligungen schränken den Handlungsrahmen von Mädchen und jungen Frauen ein, z.B. eine eingeschränkte ökonomische Lebensgrundlage (Armut), der eingeschränkte Zugang zu Bildung, eine Behinderung bzw. Beeinträchtigung, die Lebenssituation als nicht anerkanntes Flüchtlingsmädchen oder Diskriminierungen aufgrund von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen greifen ausgewählte Aspekte aktueller Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen in Deutschland auf, um exemplarisch auf immer noch bestehende Barrieren und Benachteiligungen hinzuweisen und Empfehlungen für eine veränderte Förderpolitik zu geben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Einzelnen sowohl eine Vielzahl von Lebensentwürfen von Mädchen und jungen Frauen als auch markante strukturelle und politische Unterschiede in den einzelnen Regionen Deutschlands bestehen.

Gesellschaftliche und mediale Bilder von Mädchen und jungen Frauen

Durch gesellschaftliche und mediale Extrembilder von emanzipierten und selbstbewussten Mädchen auf der einen Seite und von Jungen als Bildungsverlierer auf der anderen Seite werden Lebensrealitäten von Mädchen und Jungen und tatsächliche Unterstützungsbedarfe verzerrt wahrgenommen.

In den letzten Jahren rückt das Bild der sogenannten »Alphamädchen« in den Vordergrund. Diese werden als selbstbewusst und gleichberechtigt dargestellt: sie haben beste Schulleistungen, schaffen scheinbar alles und bestimmen immer selbst, was sie tun. Sie entwickeln selbstbewusst ihre Zukunftsvorstellungen alleine und aus eigener Kraft. Sie machen Karriere, bekommen Kinder und meistern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. »Die Mädchen und jungen Frauen von heute haben es geschafft!« – so lautet die mediale Botschaft.

Mädchen und junge Frauen, die den Erfolgsbildern des Alphamädchens nicht entsprechen, werden in der öffentlichen Darstellung oft gar nicht mehr wahrgenommen oder wenn, dann nur als extrem aus der Rolle fallend dargestellt, z.B. gewaltbereite Mädchen oder Teenagermütter.

Parallel zum Bild des »Alphamädchens« wurde in den letzten Jahren in der öffentlichen Darstellung von Jugendlichen ein weiteres Extrembild aufgebaut: Das Bild der »armen Jungs« als Bildungsverlierer. Beide Bilder – das der Jungen als »Bildungsverlierer« und das der Mädchen als »Bildungsgewinnerinnen« – geben nur ein stark verkürztes Bild der Realität wider. Das Bundesjugendkuratorium hat in einer Stellungnahme im September 2009 deshalb dazu aufgefordert, diesen Diskurs zu versachlichen.

Diese Extrembilder von Mädchen und Jungen verhindern insgesamt einen Blick auf die Vielfalt der Lebensrealität von Mädchen und jungen Frauen und ebenso auf die Vielfalt der Lebensrealität von Jungen und jungen Männern. Diskriminierungen und Benachteiligungen, die der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und auch dem Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands entgegenstehen, bleiben dabei schnell unbeachtet. Auch der UN Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau merkt das Fortbestehen durchgängiger stereotyper und traditioneller Einstellungen gegenüber Frauen an, die ihre Rechte zu untergraben drohen. Dies zeigt sich besonders in medialen Darstellungen von Frauen und Männern allgemein sowie in den rollenstereotypen Darstellungen von Migrantinnen (vgl. CEDAW/C/DEU/CO/6 vom 10.02.2009, S. 7). Die BAG Mädchenpolitik stellt fest, dass diese Bilder sowohl in Form von entgegengesetzten Erwartungshaltungen als auch als selbst verinnerlichte Zuschreibungen auf Mädchen und jungen Frauen wirken.

Forderungen:

- Berücksichtigung der Vielfalt der Lebensrealität von Mädchen und jungen Frauen bei allen politischen Entscheidungen
- Einbezug der BAG Mädchenarbeit bei politischen Entscheidungen sowie Gesetzesvorhaben, die die Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen betreffen
- Unterstützung von Forschungsvorhaben, die die Vielfalt der Lebenssituationen von Mädchen und jungen Frauen – insbesondere auch in strukturschwachen Gebieten und in benachteiligten Lebenssituationen – in den Blick nehmen

Finanzielle und inhaltliche Unterstützung von Beratungs- und außerschulischen Bildungsangeboten für Mädchen und junge Frauen

Es fehlt die ausreichende finanzielle und inhaltliche Unterstützung für Maßnahmen und Einrichtungen, die regional, auf Länder- und auf Bundesebene die Gleichberechtigung von Mädchen und jungen Frauen unterstützen sowie eine qualifizierte Angebotsstruktur im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe und darüber hinaus bereithalten. Koordination und Vernetzung durch Fach- und Landesstellen und durch die BAG Mädchenpolitik zur Qualifizierung und zur Qualitätssicherung sind unerlässlich.

Verstärkt durch die öffentliche Wahrnehmung, Mädchen und junge Frauen von heute seien grundsätzlich gleichberechtigt, wird häufig davon ausgegangen, dass sie keine besondere Unterstützung mehr benötigen. Öffentliche Mittel, die bisher der Förderung der Mädchenarbeit zu Gute kommen, stehen in dieser Argumentationslinie schnell zur Disposition.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren mit dem allgemeinen Abbau der Förderungen für Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere in den neuen Bundesländern – auch die Regelförderungen und Modellmittel, die Mädchen und jungen Frauen zugute kamen, abgebaut. In einigen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg und Sachsen existiert nur noch eine marginale Anzahl von geschlechtsbezogenen Angeboten für Mädchen und junge Frauen, in anderen Bundesländern ist die vorhandene Infrastruktur regelmäßig von Streichungen berührt oder betroffen.

Auf Landesebene sind die Personal- und Sachmittel der jeweiligen landesweiten Koordinations- und Vernetzungsstellen (z.B. Landesarbeitsgemeinschaften der Mädchenarbeit) immer wieder von Kürzungen oder Streichungen bedroht.

Auf Bundesebene muss die Arbeit der BAG Mädchenpolitik ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement abgesichert werden.

Forderungen:

- Einhaltung und Umsetzung der Vorgaben zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Feldern des Kinder- und Jugendplans (KJP) auf der Basis von Analysen und Zielvorgaben, die Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung im Sinne der gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen

- Einbezug von Vertreterinnen der BAG Mädchenpolitik in Begleitausschüssen und Beratungsgremien der Jugend- und Gleichstellungspolitik auf Bundesebene (u.a. KJP)
- Finanzielle Absicherung der Koordinations- und Vernetzungsstellen der Mädchenarbeit auf Landesebene und der BAG Mädchenpolitik

Mädchen und Bildung

Es ist in den letzten Jahrzehnten ein Anstieg an Mädchen mit guten und sehr guten Bildungsabschlüssen feststellbar. Davon abzuleiten, dass »alle« Mädchen »Bildungsgewinnerinnen« sind und die, die Unterstützung benötigen, aus dem Blick zu nehmen, kann nicht im gesellschaftlichen Interesse sein! Bildung ist ein Grundrecht. Mädchen und junge Frauen in marginalisierten und benachteiligten Lebenslagen bleiben in der Debatte um die Bildungsgewinne von Mädchen verborgen und erhalten immer noch keine adäquate Unterstützung.

Die vorrangige Wahrnehmung von Mädchen und jungen Frauen als »Bildungsgewinnerinnen« verengt das Gesichtsfeld von politisch Verantwortlichen. Mädchen und junge Frauen im schulischen Mittelfeld und am unteren Rand geraten in der Folge leicht aus dem Fokus. Oftmals werden Leistungen zu einseitig unter dem Aspekt ihrer Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt und zur Beseitigung des Fachkräftemangels bewertet.

Mädchen und junge Frauen, die sich in prekären oder benachteiligten Lebenslagen befinden, nicht in den Blick zu nehmen, heißt auch, ihre Potenziale nicht adäquat zu fördern. Die Konsequenz der fehlenden Beachtung kann bedeuten, dass Mädchen dadurch in noch immer wirksamen gesellschaftlichen Rollenbildern verhaftet bleiben und ihre Lebensplanung stark auf den Part der »Zuverdienerin« ausrichten bzw. sich mit den gering bezahlten, als weiblich geltenden Berufsbereichen »zufrieden« geben.

Es mangelt insbesondere an Maßnahmen, die die Ausgrenzung und mangelnde Förderung von Mädchen aus bildungsfernen Schichten und von Mädchen, die in Armut leben, beseitigen. Nachweislich werden diese Mädchen im Schulsystem schlechter bewertet und niedriger eingeschätzt als Mädchen aus der Mittel- oder Oberschicht, auch wenn sie die gleichen Leistungen bringen. Das verschärft die Lebenssituation dieser Mädchen weiter.

Forderungen:

- Durchführung von Maßnahmen, Modellprojekten und Forschungsvorhaben zur schulischen Förderung von Mädchen insbesondere aus bildungsfernen Milieus und prekären Lebenslagen

**Geschlechtsrollenspezifisches
Bildungsverhalten**

Das Interesse von Mädchen an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist bereits nach dem Grundschulalter stark eingeschränkt. Nach wie vor fehlen geeignete Methoden und Ansätze im schulischen Bereich, die Mädchen und junge Frauen bis zum Schulabschluss motivieren, sich nicht nur auf enge Rollenvorstellungen von Weiblichkeit und einige wenige Berufsbilder zu reduzieren, sondern sich gemäß ihrer Talente und Interessen für das gesamte Spektrum zu interessieren.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Studienwahl: Die Aufteilung der Studienwelt in Sprache und Kultur als weibliches und Naturwissenschaften und Technik als männliches Domizil ist nahezu ungebrochen – mit negativen Folgen auf Seiten der Frauen für die weiteren Aufstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sowie für die Einkommensstruktur. Zwar steigt der Anteil der Frauen an den Hochschulen insgesamt, doch fehlt es noch deutlich an einer gleichberechtigten Verteilung der Studiengänge zwischen den Geschlechtern ebenso wie an einer paritätischen Verteilung von Stellen und Ämtern auf der Seite der Lehrenden und Forschenden an Hochschulen.

Es bleibt festzustellen, dass Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der schulischen Bildung stärker beachtet und umgesetzt werden muss. Wesentlich ist aus Sicht der BAG Mädchenpolitik, dass schulische Bildung verstärkt geschlechterdifferenzierende Aspekte in die Curricula und vor allem in den Arbeitsalltag und in den Strukturen von Schulen verankert.

Die feministisch-parteiliche, außerschulische Bildung von Mädchen und jungen Frauen hat erfolgreich zahlreiche Impulse eingebracht und vielfältige Angebote und Maßnahmen entwickelt, bei denen die Förderung von Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein von Mädchen sowie die Auseinandersetzung mit Rollenbildern und Alternativen zu festgefahrenen Rollenklischees im Mittelpunkt stehen. Es gilt, dieses Erfahrungswissen verstärkt in die Kooperation von Mädchenarbeit und Schule als auch in Maßnahmen der außerschulischen Bildung einfließen zu lassen. Eine besondere Herausforderung

entsteht bei Ganztagschulen. Hier müssen innovative und zeitgemäße Formen der Mitwirkung von Angeboten der Mädchenarbeit entwickelt werden.

Forderungen:

- Verstärkte schulische Förderung von Mädchen in den sog. MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) bereits in Grundschulen
- Ausbau der finanziellen Förderung von außerschulischen Bildungsmaßnahmen für Mädchen und junge Frauen, insbesondere für Mädchen in prekären Lebenslagen und aus bildungsfernen Schichten und für Zielgruppen, die bislang kaum Angebote vorfinden
- Förderung der Zusammenarbeit von außerschulischer und schulischer Bildung mit Mädchen und jungen Frauen
- Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming in allen Schulformen
- Qualifizierung von Lehrkräften in Genderkompetenzen bereits in der Ausbildung und durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen

Berufsorientierung von Mädchen

Mädchen und junge Frauen finden sich meist nur in wenigen Berufen wieder. Die Berufswünsche von Mädchen konzentrieren sich dabei häufig auf Berufe mit geringer Bezahlung, mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten und mit einem hohen Anteil an Befristungen und Teilzeitstellen.

Trotz zahlreicher Kampagnen und Modellprojekte scheinen Mädchen sowohl durch die Schule als auch durch die Unternehmen sowie durch Einstellungen im familiären Umfeld und in den Medien noch immer nicht ausreichend ermutigt zu werden, sich auch für Berufe im Handwerk, in Mathematik, Informatik, Technik und Naturwissenschaften zu entscheiden. Geschlechtersensible Maßnahmen der Berufsorientierung sollten deshalb verstärkt bereits im Grundschulalter beginnen. Berufsorientierende Angebote werden in vielen außerschulischen Einrichtungen, die bewusst mit Mädchen und jungen Frauen arbeiten, angeboten. Berufsorientierung mit der Zielsetzung der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit wird dabei inhaltlich mit dem Thema Lebensplanung zu einem ganzheitlichen Prozess verbunden und ist entsprechend konzipiert.

Um diese Kompetenzen der Mädchenarbeit auch in der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule positiv nutzen zu können, sind eine ausreichende finanzielle Absicherung außer-

schulischer Bildungsangebote und die strukturelle Verankerung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule unter geschlechterreflektierenden Inhalten wichtige Voraussetzungen für eine gelingende Kooperation. In Bundesländern, in denen das nicht der Fall ist, findet meist nur in geringem Umfang geschlechterreflektierende Berufsorientierung statt.

Forderungen:

- Einführung und Verstetigung von Maßnahmen zur frühzeitigen und nachhaltigen Verknüpfung von Lebensplanung und geschlechtsbezogener Berufsorientierung für Mädchen und Jungen
- Strukturelle und finanzielle Absicherung geschlechtsbezogener Angebote der außerschulischen Mädchenarbeit zur Berufsorientierung und zur Unterstützung des Einstiegs in Ausbildung und Beruf
- Absicherung und Förderung von Berufsorientierung und Lebensplanung für Mädchen und junge Frauen in ländlichen und strukturschwachen Regionen
- Kampagnen und Maßnahmen, die erfolgreich das Berufswahlspektrum von Mädchen und jungen Frauen erweitern
- Initiierung von Modellmaßnahmen zur Berufsorientierung und zum Berufseinstieg für Mädchen mit unterschiedlichen Behinderungen und Beeinträchtigungen

Übergang Schule-Beruf

Die nach wie vor gravierenden strukturellen Benachteiligungen für junge Frauen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt können langfristige Auswirkungen haben, z.B. prekäre und von Armut gekennzeichnete Lebenslagen, die in der Folge auch die nächste Generation prägen. Lücken in den Erwerbsbiografien oder geringe Löhne wirken sich für die betroffenen Frauen auch durch Altersarmut aus.

Sehr viel mehr junge Frauen als junge Männer absolvieren eine schulische Ausbildung, an deren Ende ihnen jedoch Zugangsmöglichkeiten zu Unternehmen fehlen. Die Karrierechancen junger Frauen sind insgesamt weitaus geringer als die junger Männer.

Noch immer verdienen Männer auch für gleichwertige Arbeit bis zu 23 Prozent mehr als Frauen. Minijobs und Teilzeitarbeit sowie befristete Arbeitsverhältnisse führen dazu, dass die Einkommen vieler junger Frauen sehr gering sind. Im Niedriglohnbereich arbeiten auch junge Frauen, die gute schulische Abschlüsse haben bzw. gut qualifiziert sind. *Der UN Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau* forderte die Bun-

desregierung u.a. auf, Maßnahmen zu ergreifen, die nachdrücklich zur Verringerung und Beseitigung der Lohn- und Einkommensunterschiede beitragen (vgl. CEDAW/C/DEU/CO/6 vom 10.02.2009, S. 11).

Besonders in den östlichen Bundesländern sind die Zukunftsvorstellungen junger Frauen klar mit der Ausübung von Erwerbsarbeit verbunden. Auch in den westlichen Bundesländern wächst der Anteil derjenigen, die gleichberechtigt und auch mit Kindern voll erwerbstätig sein wollen. Die politischen Kampagnen dafür, dass Arbeitgeber/innen strukturelle Veränderungen schaffen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Normalfall werden lassen, greifen jedoch nur sehr langsam. Die Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die private Wirtschaft lässt bereits lange auf sich warten. Ein eigenes Kind führt noch immer mit großer Wahrscheinlichkeit dazu, dass eine berufliche Karriere über einen längeren Zeitraum unterbrochen oder verhindert wird.

Die mangelnden Ausbildungs- und Beschäftigungschancen in strukturschwachen Gebieten führen dazu, dass besonders junge Frauen mit guten Schulabschlüssen auf die Situation reagieren und in Gebiete abwandern, in denen sie mehr Chancen haben. Dies führte in den neuen Bundesländern bereits zu gravierenden demografischen Veränderungen. Die jungen Frauen, die bleiben, versuchen oft, so lange wie möglich die Mängel des Arbeitsmarktes z.B. durch Pendeln zu einer weit entfernten Arbeitsstelle auszugleichen. Diese Situation ist meist nicht vereinbar mit der Erziehung eines Kindes oder der Sorge für pflegeabhängige Angehörige.

Einige – zum Teil auch minderjährige – junge Frauen setzen der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt den Wunsch nach einem Kind entgegen. Teilzeitausbildungen haben zwar vereinzelt die Situation von jungen Frauen mit Kindern verbessert, doch sind diese Angebote in vielen Berufsbereichen noch nicht erprobt. Viele junge Mütter geraten als Alleinerziehende in prekäre Lebenslagen. Insbesondere in ländlichen Gebieten existieren nicht ausreichend flexible Kinderbetreuungsangebote, die die Arbeitszeiten der Mütter bzw. Väter abdecken können. Junge Frauen sehen sich in der Folge ungewollt mit alten Rollenmustern konfrontiert und bleiben meist zur Versorgung und Erziehung von Kindern oder auch zur Pflege von Angehörigen zu Hause. Noch immer nehmen Männer – wenn überhaupt – den geringeren Anteil der Elternzeit in Anspruch und decken nur vereinzelt die häusliche Pflege von Angehörigen ab. Der (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben kann dann für junge Frauen sehr erschwert sein, da die Verantwortung für die Unterbringung der Kinder meist ihnen überlassen bleibt und es insbesondere in den westlichen Bundesländern noch viel zu wenig entsprechende Angebote gibt.

Sozial benachteiligten Mädchen ist der Einstieg in das Berufsleben meist umfassend erschwert. Dies betrifft in hohem Umfang auch Mädchen mit Migrationshintergrund, deren Einstieg ins Berufsleben nach wie vor oftmals durch gesellschaftliche Vorurteile belastet ist. Speziell für junge Frauen mit Behinderungen gibt es zum Teil gravierende Hindernisse, überhaupt den Einstieg in das Erwerbsleben bzw. dort eine längerfristige Perspektive zu finden. Häufig wird eine eingeschränkte Berufswahl auf einige wenige als geeignet erscheinende Berufe, die meist »typische« Frauenberufe sind, vom Umfeld nachhaltig unterstützt.

Forderungen:

- Berücksichtigung der Situation von jungen Frauen und allein erziehenden jungen Müttern bei Programmen und Maßnahmen, die zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen sollen
- Schaffung von Anreizen für Unternehmen zum Abbau diskriminierender Strukturen im Bereich beruflicher Ausbildung, Erwerbsarbeit und Karriereförderung mit dem Ziel der Verwirklichung der Chancengleichheit z.B. durch gesetzliche Regelungen, durch Zuschüsse als positive Anreize und öffentlichkeitswirksame Kampagnen
- Erhöhung der Angebote von Teilzeitausbildungen für junge Mütter, die eine flexible Berufswahl ermöglichen und die jungen Frauen anregen, ihr Berufswahlspektrum zu erweitern

Mädchen und Gesundheit

Riskantes Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen weist deutliche geschlechtsspezifische Varianten auf. Es fehlen entsprechend qualifizierte, geschlechtersensible und bedarfsgerecht ausgebaute Angebotsstrukturen, die auch die Belange von Mädchen und jungen Frauen in prekären Lebenssituationen aufgreifen. Die finanzielle Absicherung der gesundheitsfördernden Angebote und Maßnahmen, die sich an Mädchen und junge Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen richten, ist häufig gar nicht bzw. nicht ausreichend vorhanden oder langfristig nicht abgesichert.

Es kann beobachtet werden, dass immer mehr Mädchen davon ausgehen, dass sie bereits in frühen Jahren »selbstverständlich« Expertinnen für ihre Körperlichkeit, Gesundheit und Sexualität zu sein haben. Es wird ihnen durch mediale und andere Zuschreibungen von außen und durch Verinnerlichung der scheinbaren Normen oft die Möglichkeit genommen,

offen Fragen zu stellen und auch »unwissend« sein zu dürfen. Risiken wie frühe Schwangerschaft oder Ansteckungsgefahr bei Geschlechtskrankheiten sind den Mädchen und jungen Frauen nicht immer bewusst. Der Druck, den scheinbar allgegenwärtigen und medial vermittelten weiblichen Idealbildern zu entsprechen, ist sehr groß. Die Gefahr, sexualisierten Übergriffen ausgesetzt zu sein, ebenso.

In einer Mischung diverser Problemlagen, wozu auch der massive Druck gesellschaftlicher Rollenanforderungen gehört, reagieren zahlreiche Mädchen und junge Frauen mit Essstörungen, Diäten, Tablettenmissbrauch, einseitiger Ernährung und anderem schädigenden Gesundheitsverhalten. Rauchen und Alkoholkonsum betrifft Mädchen und junge Frauen inzwischen in gleichem Umfang wie Jungen, sie konsumieren zum Teil sogar in höherem Ausmaß.

Mädchen und junge Frauen, die in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen, sind in ihrer Gesundheit stark gefährdet (z.B. Mangelernährung, keine Gesundheitsvorsorge). Migrantinnen, Flüchtlingsmädchen und Mädchen oder junge Frauen, die Minderheiten angehören, haben besonders schlechte Zugänge zu Gesundheitsleistungen und Präventionsmaßnahmen. Auch für Mädchen und junge Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen gibt es kaum qualifizierte Angebote.

Insbesondere die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat zahlreiche Modellprojekte und Forschungsprojekte mit geschlechterdifferenzierten Inhalten initiiert. Es bleibt aber zu fragen, wie diese in der konkreten Praxis der einzelnen Regionen in ihren positiven Wirkungen verstetigt werden können. Es gibt nur wenig Angebote, die sich auf kommunaler oder Landesebene direkt an Mädchen und junge Frauen richten und sowohl Mädchenspezifische Prävention als auch Intervention im Gesundheitsbereich anbieten. Im ländlichen Bereich gibt es oft gar keine gesundheitsbezogenen Angebote für Mädchen und junge Frauen. Die wenigen Mittel, die für geschlechtsbezogene Angebote bereitgestellt werden, sind zudem von Kürzungen bedroht.

Forderungen:

- Umsetzung der positiven Erfahrungen aus den Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich durch Finanzierung von Angeboten, die langfristige Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen ermöglichen
- Finanzierung von Maßnahmen und Angeboten zur Sexualaufklärung und zur Vermittlung von Kenntnissen über den eigenen Körper im außerschulischen Bereich und in Kooperation mit der Schule
- Ausrichtung der Angebote nach Zielgruppen, um Mädchen und junge Frauen in der Unterschiedlichkeit ihrer

Lebensformen zu erreichen (Qualifikation von Fachkräften, Verwendung einer einfachen Sprache, mehrsprachliche Angebote usw.)

- Prüfung der Angebotsstruktur im ländlichen und strukturschwachen Raum bzw. Aufbau einer qualitativen Infrastruktur in strukturschwachen und ländlichen Gebieten, die Mädchen und junge Frauen mit gesundheitspräventiven und auch niedrigschwelligen Maßnahmen erreicht
- Modifizierung und Fortführung der bereits begonnenen Kampagnen auf Bundes- und Landesebene, die präventiv Themen im Gesundheitsbereich aufgreifen, unter geschlechtsspezifisch-differenzierten Gesichtspunkten
- Einbezug der Angebote für Mädchen und junge Frauen in die Koordination und die Kooperationsstrukturen der Gesundheitsprävention

Gewalt gegen Mädchen und junge Frauen

Gewalt in unterschiedlichen Formen und Ausmaßen betrifft Mädchen und junge Frauen trotz aller Gegenmaßnahmen noch immer in hohem Umfang. Die Schließung von Einrichtungen und der Abbau der Ressourcen für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, die Gewalt in unterschiedlichen Formen erlebt haben, bedeutet langfristig einen eklatanten Mangel an qualifizierten Hilfsangeboten, dies insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Gebieten. Die Folge ist, dass Traumatisierungen nicht ausreichend be- und aufgearbeitet werden können und Mädchen und junge Frauen keine Hilfe mehr erhalten.

Durch die kontinuierliche Arbeit der Beratungsstellen und Hilfsangebote für Mädchen und junge Frauen gegen Gewalt wurde das Ausmaß der Gewalt in unterschiedlichen Formen zwar öffentlich sichtbar, doch hatte dies nicht zur Folge, dass die Gewalt an sich eingedämmt wurde. Nach wie vor sind viele Mädchen in ihrem familiären und anderem nahen Umfeld körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

Jedes vierte bis sechste Mädchen wird im Laufe der Kindheit und Jugend mindestens ein Mal Opfer sexualisierter Gewalt, dies meist im nahen und vertrauten Umfeld. Schätzungen gehen davon aus, dass Mädchen mit Behinderung durch ihre Abhängigkeit von Assistenz sogar in noch größerem Umfang betroffen sind. Es werden immer häufiger Fälle sichtbar, in denen Personensorgeberechtigte oder andere Personen aus dem

nahen Umfeld Mädchen, auch in sehr jungen Jahren, zu pornographischen Zwecken missbrauchen. Auch das Internet birgt neben den positiven Möglichkeiten neuer Experimentierräume auch negative Aspekte bzw. Risiken. Chatrooms und andere Möglichkeiten der virtuellen Kontaktaufnahme bergen neue Gefahren, Gewalt in unterschiedlichen Formen ausgesetzt zu sein.

Bei einigen Mädchen mit Migrationshintergrund besteht zusätzlich die Gefahr, dass sie in Deutschland oder durch den Umweg einer Reise in ihr Heimatland einer Genitalverstümmelung, einer Zwangsverheiratung oder eines sogenannten Verbrechens im Namen der Ehre ausgesetzt sind. Auch in Deutschland gibt es Mädchen und junge Frauen, die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung werden. Eine weitere Gefahr für Mädchen und junge Frauen besteht darin, dass sie – auch als Minderjährige – zur Prostitution gezwungen werden. Für diese Formen von Ausbeutung und Gewalt gibt es bislang viel zu wenige Einrichtungen, die auf diese Themen spezialisiert sind. Vorhandenen Einrichtungen, die reguläre Angebote für Mädchen und junge Frauen in Gewalt- und Krisensituationen vorhalten, mangelt es häufig an personeller Ausstattung und spezifischer Qualifikation, um Mädchen und jungen Frauen in diesen spezifischen Gefahrensituationen entsprechende Hilfen bieten zu können.

Der *UN Ausschuss zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau* zeigte sich besorgt über die große Häufigkeit von Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, die in unterschiedlichen Studien deutlich wurden. Der Ausschuss bemängelt, dass statistische Daten zum Umfang der Genitalverstümmelung fehlen und fordert dazu auf, Maßnahmen gegen den Menschenhandel ebenso zu verstärken wie Strategien und Programme, die den Ausstieg aus der Prostitution unterstützen bzw. vor dem Einstieg bewahren. (vgl. CEDAW/C/DEU/CO/6 vom 10.02.2009, S. 11ff).

Gerade feministisch-parteiliche Einrichtungen haben einen umfassenden Qualifizierungsschub gegen Gewalt für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe hervorgebracht. Sie veröffentlichten ihre anfangs neuen und bis dahin weitgehend unbeachteten Erkenntnisse und entwickelten neue Methoden und Unterstützungsansätze. Sie gaben Impulse, mit denen sie die Qualifizierung großer Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, der Polizei und der Jugendpsychiatrie voranbrachten. Sie spezialisierten und qualifizierten die eigenen Angebote, um etwa den Bedürfnissen von Mädchen mit Migrationshintergrund gerecht werden zu können. Vereinzelt gibt es auch schon Angebote, die auf Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen eingehen.

LANGFASSUNG NOVEMBER 2009

AKTUELLE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN AUF DEM WEG ZUR UMSETZUNG VON GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT 8

In den letzten Jahren wurden aufgrund der Sparmaßnahmen jedoch viele der Beratungsangebote, Kriseninterventionen sowie Präventionsangebote für Mädchen und junge Frauen stark eingeschränkt oder gar nicht mehr finanziert. Einzelne Mädchenhäuser mussten schließen, viele Beratungsstellen haben lange Wartezeiten. In ländlichen und strukturschwachen Gebieten stehen viel zu wenig niedrigschwellige Angebote für Mädchen und junge Frauen zur Verfügung. Die Ressourcen für Dolmetscherinnen fehlen – nicht nur in Bezug auf Mädchen mit Migrationshintergrund, sondern auch in Bezug auf gehörlose Mädchen und junge Frauen. Auch in Jugendämtern und Schulen gibt es noch immer nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Qualifikation zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Teilweise mangelt es an entsprechenden Vernetzungen und Kooperationen mit bestehenden qualifizierten Hilfsangeboten, teilweise an der Infrastruktur an sich.

Aufgrund der Finanzierungsrichtlinien müssen Mädchen und junge Frauen viele Kriseneinrichtungen sehr schnell und entgegen ihrem individuellen Bedarf wieder verlassen. Dies kann dazu führen, dass die Notlage noch größer wird. Die traumatischen Folgen der erlebten Gewalt, insbesondere der sexualisierten Gewalt, betreffen Mädchen ein Leben lang, sie können sich neben den Auswirkungen auf die Individualität auch in hohem Umfang negativ auf das Berufsleben auswirken. Daher sind präventive Maßnahmen ein wirksamer Schutz vor weiteren Übergriffen und entsprechend qualifizierte Interventionsangebote besonders wichtig.

Forderungen:

- Absicherung der bestehenden Einrichtungen für Mädchen und junge Frauen sowie ihrer Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, die Hilfe und Unterstützung bei unterschiedlichen Formen von Gewalt bieten
- Finanzierung und Absicherung von Angeboten, die sich ausschließlich an Mädchen und junge Frauen richten, als Ergänzung und Wahlmöglichkeit zu koedukativen Angeboten – insbesondere im Bereich der Krisenintervention, der Unterbringung, Beratung und therapeutischen Aufarbeitung von Traumata durch erlebte Gewalt
- Ausbau der Hilfen für Mädchen und junge Frauen in strukturschwachen und ländlichen Gebieten, insbesondere der Hilfen, die längerfristig und qualifiziert Unterstützung und Hilfe leisten
- Qualifizierung aller Maßnahmen und Angebote unter einem interkulturellen und auf Vielfalt orientierten Blickwinkel

Gewaltausübende Mädchen und junge Frauen

Mädchen und junge Frauen sind auf der einen Seite nach wie vor in hohem Umfang selbst Opfer von Diskriminierungen und Gewalt in unterschiedlichen Formen. Doch auf der anderen Seite wächst der Anteil derjenigen, die sich an Mobbing, rechtsextremen Gewalttaten sowie anderen Formen von Gewalt beteiligen bzw. diese selber aktiv ausüben. Sie sind nicht nur Opfer, sondern auch Täterinnen, die sich beispielsweise am »Happy Slapping«¹ und anderen »modernen« Gewaltformen beteiligen. Die Ausübung von rassistischer, krimineller und menschenverachtender Gewalt durch Mädchen und junge Frauen ist bislang nur zögernd im Fokus der Forschung.

Gewalttätige Mädchen irritieren. Sie passen nicht in das immer noch vorherrschende Bild des braven Mädchens. Jedes Mädchen ist offen oder verdeckt, konstruktiv oder destruktiv aggressiv. Jedes Mädchen hat eigene Erfahrungen mit Gewalt – als Opfer, Täterin oder Mittäterin. Offen gewalttätiges Verhalten von Mädchen darf weder geduldet, noch dämonisiert werden. Es muss in seiner Vielschichtigkeit wahrgenommen und vor dem Hintergrund der persönlichen Biographie und der vorherrschenden gesellschaftlichen Normen bzw. Geschlechtsrollenzuschreibungen reflektiert werden. Die klassische Mädchenspezifische Sozialisation hat immer noch zur Folge, dass Mädchen eine Abwertung ihrer aggressiven Gefühle und Impulse erfahren. Das führt dazu, dass Mädchen im Ausagieren ihrer Aggressionen vorwiegend auf verdeckte Strategien, wie z.B. selbstverletzendes Verhalten oder Mobbing, zurückgreifen.

Die verdeckte Gewalt, die Mädchen auf diese Weise ausüben und erleiden, wird zu wenig wahr- und ernstgenommen, obwohl ihre schädigenden Folgen für die Identitätsentwicklung von Mädchen bekannt sind. Angebote der Gewaltprävention müssen grundsätzlich geschlechterdifferenziert konzipiert sein und die Aspekte offener und verdeckter Gewalt von Mädchen ebenso thematisieren wie häusliche oder sexuelle Gewalt, die nicht selten dazu führt, dass Mädchen offen oder verdeckt aggressiv werden.

Mit Blick auf Gewaltausübung im Kontext von Rechtsextremismus richtete und richtet sich die Aufmerksamkeit häufig auf Jungen und Männer. Geschlechtsspezifisch-differenzierte Analysen wurden kaum durchgeführt, obwohl die Anzahl weiblicher aktiver Mitglieder in rechtsextremen und nationalistischen Bewegungen und Parteien wächst. In der Folge gibt es

immer noch viel zu selten explizite Angebote der geschlechtersensiblen Prävention und Intervention.

Durch den generellen Abbau vieler Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe gibt es insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Gebieten immer weniger Ressourcen, um dem Einfluss rechter Organisationen etwas entgegen zu setzen. Dort, wo offene Jugendarbeit weggebrochen ist, können Rechtsextreme häufig ihre Angebote erfolgreich unterbreiten. Darüber hinaus fehlt es an Konzepten zum Umgang mit rechtsextremen Personensorgeberechtigten. Jugendämter haben häufig keine Anhaltspunkte, wie das Kindeswohl zu schützen ist, wenn Personensorgeberechtigte oder Pflegepersonen rechtsextrem sind bzw. wenn ein Elternteil seine Töchter und Söhne aktiv rechtsextrem beeinflusst und in entsprechende Kreise einführt. Außerdem fehlen Konzepte für Aussteigerinnen, die sich gezielt an Mädchen, junge Frauen und Mütter mit Kindern richten.

Forderungen:

- Thematisierung von Aspekten offener und verdeckter Gewalt von Mädchen und jungen Frauen
- Konzeption von Angeboten der Gewaltprävention unter geschlechterdifferenzierenden Blickwinkeln
- Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern öffentlicher und freier Träger hinsichtlich Genderwissen und -kompetenz im Kontext von Gewalt
- Geschlechtsspezifisch-differenzierte Zielvorgaben und Maßnahmen in Konzepten, Kampagnen und Maßnahmen, die gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit durchgeführt werden
- Ausbau der Forschung zum Ausmaß der Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen an rechtsextremen und demokratiefeindlichen Bewegungen sowie zu ihren Einstiegs- und Ausstiegsmotiven
- Geschlechterdifferenzierende Angebote in Schule und Kinder- und Jugendhilfe zur Prävention von Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus
- Aufbau einer pädagogischen, geschlechterdifferenzierenden Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Ziel, Vielfalt, Demokratie und Toleranz erlebbar zu machen

Anhang:

1 Als Happy Slapping (engl. etwa für »fröhliches Schlagen«) wird eine *Körperverletzung* auf meist unbekannte *Passanten*, aber auch Mitschüler/innen oder Lehrkräfte bezeichnet. Die meist jugendlichen Angreifer laufen dabei z.B. auf ihr *Opfer* zu und schlagen es z.B. ins Gesicht. Mitunter werden Opfer auch bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt, anderweitig verletzt, sexuell genötigt oder vergewaltigt. Die Angreifer flüchten daraufhin, ohne sich um das Opfer zu kümmern. Üblicherweise wird der Angriff von einem weiteren Beteiligten mit einer *Handy-* oder *Videokamera* gefilmt. Die Aufnahmen werden anschließend im *Internet* veröffentlicht oder per Mobiltelefon verbreitet. (vgl. Wikipedia 06/09)

Fazit

Die feministisch-parteiliche und emanzipatorische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen hat in den letzten 35 Jahren deutlich gemacht, welche Angebotsstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe – in Beratung, Bildungs und Jugendarbeit – notwendig sind und erfolgreich sein können. Aus ihren Praxisfeldern und dem vorhandenen Expertinnenwissen wurden und werden wertvolle Impulse gegeben und innovative Ansätze entwickelt, die die gesamte Kinder- und Jugendhilfe qualifizieren und auch darüber hinaus Wirkung zeigen. Die Mitglieder der BAG Mädchenpolitik waren und sind maßgeblich an dieser Qualitätsentwicklung beteiligt.

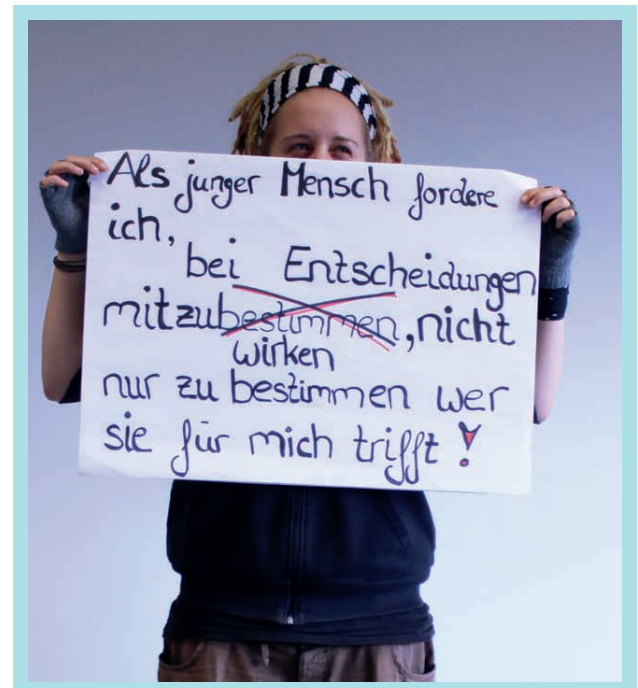
Rückblickend muss festgestellt werden, dass die pädagogische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen in allen Praxisfeldern in den letzten Jahrzehnten nach einer Phase des Aufbaus und der Qualifizierung sowohl in den alten als auch besonders in den neuen Bundesländern abgebaut wurde. Eine effektive, bedarfsorientierte und qualifizierte Weiterentwicklung wird zunehmend erschwert oder ganz verhindert, weil die nötige Infrastruktur nicht mehr vorhanden ist. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Bereichen wirken sich die Mittelkürzungen negativ auf die Angebotsstruktur aus. Viele Zielgruppen können nicht mehr mit entsprechenden Angeboten erreicht werden – mit vielfältigen negativen Auswirkungen.

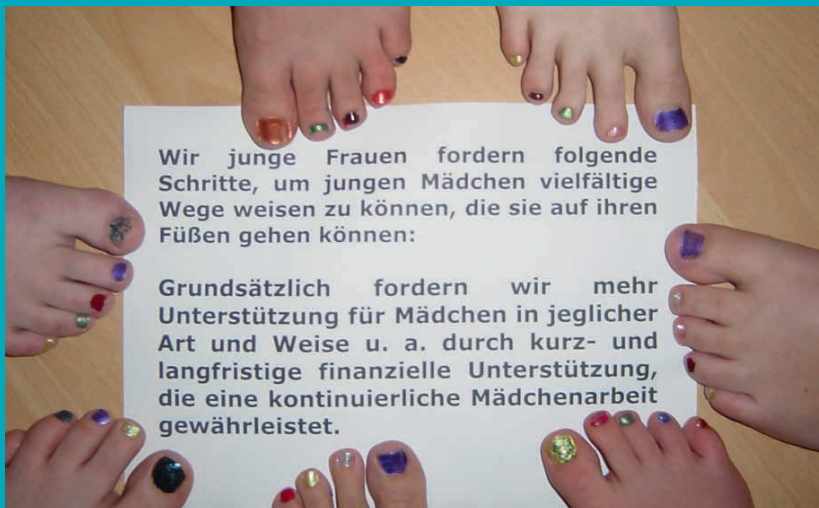
Zur Sicherung der Nachhaltigkeit Mädchenspezifischer Unterstützungsangebote, zur präventiven Arbeit gegen radikalisierte Tendenzen sowie zur Sicherung und zum Ausbau bewährter und erfolgreicher aber auch neuer Konzepte und Vorhaben sind ausreichende Ressourcen für eine explizite Mädchenarbeit unerlässlich. Mädchenarbeit kann dabei auf Tradition sowie Innovation zurückgreifen und sichert damit nicht nur Qualität, sondern auch Effektivität.

Feministisch-parteiliche und emanzipatorische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen ist ein notwendiger Bestandteil der Strategie zur Erreichung von Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit. Bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe, in der ein großer Teil der Angebotsstruktur vorgehalten wird, bedeutet dies, dass Mädchenarbeit, Jungenarbeit, geschlechtergerechte Koedukation sowie Cross Work/Überkreuzpädagogik Bestandteile einer geschlechtergerechten Kinder- und Jugendhilfe sind. Mädchenarbeit versteht sich dabei als eigenständiges, kooperatives Arbeitsfeld, das sich durch Vernetzung politisch wie praktisch auszeichnet. Auch in anderen Politikbereichen wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt oder im Gesundheitswesen sind eigene Angebote, die sich an

Mädchen und junge Frauen richten, als gleichberechtigungsorientierte Maßnahmen unverzichtbar.

Die BAG Mädchenpolitik fordert dazu auf, die benannten Mängel als Herausforderungen und als Optionen für Veränderungen auf den Ebenen des Bundes, aber auch der Länder und Kommunen, aufzugreifen. Die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Mainstreaming, die Proklamationen für Kinder- und Menschenrechte sowie für Nachhaltigkeit und Natur erhaltende Zukunftsstrategien sind wichtige Grundlagen für ein gerecht organisiertes Gesellschaftsgefüge im Sinne des Grundgesetzes. Diese dürfen jedoch nicht auf dem Papier stehen bleiben! Mit Lippenbekenntnissen lässt sich keine geschlechtergerechte zukunftsorientierte Gesellschaft verwirklichen, die die Potentiale von Mädchen und Frauen gleichermaßen wie die von Jungen und Männern für die Lösung von Problemen und die Entwicklung von Visionen des Zusammenlebens nutzt. Es müssen Handlungen folgen! Der Einsatz für die bedarfsgerechte Absicherung von emanzipatorischer und feministisch-parteilicher Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen ist ein wichtiger Baustein für eine lebenswerte und gleichberechtigte Zukunft!





© Die Fotos sind Teil der Einsendungen für die Fotokampagne der BAG Mädchenpolitik im Jahr 2009/2010 »Ein Bild von uns«. Sie sind nicht für (weitere) Veröffentlichungen frei gegeben. Weitere Infos: www.maedchenpolitik.de (Fotokampagne)